



Zur Einführung

Schon wieder Partizipation? Ist darüber nicht schon genug gesagt und geschrieben worden? Diese und ähnliche Fragen schallen einem gelegentlich entgegen, wenn von Partizipation in der Kinder- und Jugendarbeit die Rede ist. Und sie sind ja auch nicht ganz unberechtigt: Eine Reihe von Jugendarbeitsforscher:innen hat dazu theoretische und konzeptionelle Beiträge veröffentlicht, alleine im Handbuch Offene Kinder- und Jugendarbeit taucht der Begriff auf knapp 2000 Seiten 600 Mal auf, auf der Wissensplattform ‚Alles Wissen in der OKJA‘ (<https://www.oja-wissen.info/>) bekommt man in der Suche zu dem Stichwort 160 Treffer zu Artikeln, Videos, Konzepten und Praxisbeispielen. Einrichtungen berücksichtigen den Begriff in ihren Konzepten, entwickeln Praxiskonzeptionen, führen Projekte durch, veröffentlichen Praxisbeispiele, unterschiedlichste Akteure bieten Fortbildungen an und mindestens einmal im Jahr besuchen Mitarbeiter:innen eine Fachveranstaltung zu dem Thema. Warum also diese Ausgabe zu diesem Thema? Weil uns einige Veröffentlichungen der letzten Jahre und nicht zuletzt der 16. Kinder- und Jugendbericht (Deutscher Bundestag 2020) darauf aufmerksam gemacht haben, dass junge Menschen und insbesondere jene, die von sozialer Ungleichheit betroffen sind, strukturell benachteiligt werden, wenn es um ihre Mitgestaltung der Gesellschaft geht. Das gilt in Bezug auf die gesamte Gesellschaft, aber auch für die Kinder- und Jugendhilfe und die Kinder- und Jugendarbeit. Folgt man dieser Fachdiskussion, werden auch Handlungsbedarfe in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit sichtbar. Gesagt ist also vielleicht vieles, für Kinder und Jugendliche hat sich dadurch aber noch nicht viel geändert.

Darum haben die Bundesarbeitsgemeinschaft Offene Kinder- und Jugendeinrichtungen und der Kooperationsverbund OKJA im Dezember 2022 eine Fachveranstaltung mit dem Titel „Macht Jugendarbeit (k)einen Unterschied?“ organisiert. Zentral war dabei, welche Formen von Partizipation für das Aufwachsen junger Menschen wirklich einen Unterschied machen und wie es der OKJA gelingen kann, Kindern und Jugendlichen diese Partizipationsformen zu ermöglichen. Und so haben am 1. und 2. Dezember über hundert Fachkolleg:innen aus Wissenschaft, Verbänden, Verwaltung, Politik und Einrichtungen der OKJA und angrenzender Felder gemeinsam diskutiert, wie sie jungen Menschen demokratisches und politisches Handeln in Einrichtungen und Angeboten, aber auch in Sozialräumen und Kommune eröffnen können. Thema war auch, welche Rahmenbedingungen es dafür braucht. Dabei wurde auch der Versuch unternommen, die unterschiedlichen Facetten von Demokratiebildung, Partizipation und politischer Bildung zusammenzuführen.

Deutlich wurde schnell, dass die OKJA enorme Potenziale hat, wenn es darum geht, junge Menschen in ihrer Aneignung von Demokratie und Gesellschaft zu unterstützen. Klar wurde aber auch, dass es interne und externe Handlungsbedarfe in Bezug auf die Demokratieförderung in der OKJA gibt. Intern muss die OKJA fachlich und pädagogisch daran arbeiten, dass sich junge Menschen auf den unterschiedlichen Ebenen verstärkt auch an wesentlichen, sie betreffenden Entscheidungen beteiligen können. Extern braucht es eine Anerkennung der Felder der Jugendarbeit für ihre Potenziale als Akteure der Kinder- und Jugendbeteiligung und eine entsprechende Fi-

nanzierung, die vor allem sicherstellt, dass Partizipation und Demokratiebildung keine einmaligen Projekte sind, sondern dauerhaft sichergestellt werden: ganz im Sinne eines Rechtsanspruches von Kindern und Jugendlichen auf ihre Beteiligung entsprechend der UN-Kinderrechtskonvention, des Kinder- und Jugendstärkungsgesetzes und der kommunalen Beteiligungsgesetze.

Diese Diskussion wird in einer Zeit geführt, in der auf der politischen Bundesebene ein Demokratiefördergesetz verhandelt wird, das die große Chance bietet, die Strukturen der Kinder- und Jugendarbeit und ihre Potenziale für Demokratiebildung und politische Bildung zu fördern, aber vor allem unter dem Vorzeichen des Präventionsparadigmas gegen Extremismus steht (siehe dazu die Stellungnahme der BAG OKJE in dieser Ausgabe). Ob die OKJA konkret davon profitieren kann, wie es bspw. im letzten Kinder- und Jugendbericht empfohlen wird, ist jedoch noch unklar. Die Berichtskommission (Deutscher Bundestag 2020, S. 411) empfiehlt politischen Entscheidungsträger:innen:

„Zur Ermöglichung von Aneignungsprozessen von Demokratie durch Bildungsstrukturen müssen grundlegend und zuallererst geeignete rechtliche, finanzielle und organisatorische Bedingungen gegeben sein. Als Aufgaben für politische Entscheidungsträger sind in dieser Hinsicht zu benennen:

- Finanzierung politischer Bildung weniger projektbezogen, sondern langfristig und regelstrukturell sicherstellen;
- Erweiterung des Blicks auf demokratische Bildung auch jenseits von Extremismus- und Radikalisierungsprävention;
- Überprüfung von Ausbildungsumfang und -inhalten bzgl. politischer und insbesondere demokratischer Bildung, vor allem für Erzieher und Erzieherinnen, Lehrkräfte und soziale Fachkräfte und Ressourcenbereitstellung für eine Erweiterung des Fort- und Weiterbildungsangebots;

- Förderung von Wissenschaft-Praxis-Diskussionen und -Kooperationen, insbesondere bei der Entwicklung und Evaluation innovativer Ansätze;
- Förderung von Recherche- und Forschungsansätzen, die von Kindern und Jugendlichen selbst verfolgt werden können, etwa in Gestalt von Lebensraumerkundungen sowie Peer- und Erwachsenenbefragungen.“

Aber noch einmal zurück zu der Frage, was den Unterschied für die jungen Menschen und ihre Partizipation macht. Die Antwort ist eigentlich ganz einfach: einen Unterschied macht die Partizipation, wenn sie in irgendeiner Weise Auswirkungen auf die Teilhabe junger Menschen hat. Dann ist sie keine ‚Schein- oder ‚Alibi‘-Partizipation, wie wir es im Feld so gerne nennen. Sie muss also die Lebenswelten junger Menschen positiv verändern können, wie es auch der §1 SGB VIII vorschreibt: Kinder- und Jugendhilfe soll „dazu beitragen, positive Lebensbedingungen für junge Menschen und ihre Familien sowie eine kinder- und familienfreundliche Umwelt zu erhalten oder zu schaffen.“

Dazu, dass OKJA zukünftig einen solchen Unterschied für junge Menschen macht, will diese Ausgabe einen kleinen bescheidenen Beitrag leisten, in dem konzeptionelle Perspektiven und Praxisbeispiele zur Partizipation in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit vorgestellt werden.

Nina Vormelchert und Moritz Schwerthelm

Zu den Beiträgen

Benedikt Sturzenhecker beleuchtet den Unterschied zwischen „demokratischer Partizipation“ und einer „paternalistischen Partizipation“, wie wir sie in der Praxis der OKJA häufig finden“. Die aber, so der Autor, „entspricht

nicht dem gesetzlichen Auftrag von Kinder- und Jugendarbeit.“ Für **Sturzenhecker** steht fest, dass die OKJA die demokratische Entscheidungsmacht von Kindern und Jugendlichen im Alltag ausweiten kann und muss.

Jugendparlamente, konstatiert Autorin **Katharina Bertz**, sind häufig Veranstaltungen für „beteiligungsaffine“ junge Menschen aus vorwiegend besser gestellten sozialen Schichten, und sie haben einen weiteren Nachteil: „Auch die Verpflichtung für ein längerfristiges Engagement aufgrund der Wahlperioden ist nicht für alle Jugendlichen attraktiv.“ In Mainz suchte man nach neuen Wegen und Modellen für die erste zentrale Jugendkonferenz für 300 Jugendliche zwischen 13 und 17 Jahren.

Man nehme eine Pandemie und mache das Beste daraus, in diesem Fall eine Skate-Halle, genannt die „Brettere!“ „Das jüngste und prägendste Partizipationsprojekt ist seit 2021 das neue Herzstück des Jugendzentrums am Margaretendamm (JuZ)“, sagen **Jeannette Nguyen**, **Marius Rosner** und **Maren Brunner**, und „das Ergebnis zeigt auch anderen Heranwachsenden anderer Jugendszenen und der Stadt, dass sie nicht nur Bewohner:innen, sondern ein unverzichtbarer Teil der Stadt Bamberg sind.“

Nina Vormelchert schildert in ihrem Beitrag, wie Kooperationen in der Kommune die demokratischen Teilhabemöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen fördern können. In Steglitz-Nord entstanden unter Anwendung der GEBE-Methodik zunächst vier Mini-Projekte, die der Öffentlichkeit bei einem großen Stadtteilstfest präsentiert wurden.

Die Spielstadt Mini-München ist das größte Ferienprogramm der Stadt und Vorbild für

über dreihundert Spielstädte im In- und Ausland. Sie wird u.a. interpretiert als konkrete Utopie, als kollektive performative Kunstaktion, als Aneignungsraum und Ort zum Erlernen der Demokratie als kollektiver Realisierung von Freiheit. **Gerd Grüneisl** gibt Einblicke in ein höchst komplexes Spiel, in dem die Kinder das Sagen haben.

Nina Vormelchert und **Moritz Schwerthelm** berichten von der Fachveranstaltung „Macht Jugendarbeit (k)einen Unterschied? Partizipation, Demokratiebildung und politische Bildung junger Menschen“. Organisiert wurde die Tagung vom Kooperationsverbund OKJA und der Bundesarbeitsgemeinschaft OKJE. Neben verstärkten Kooperationen zwischen den Feldern der Jugendarbeit stand die Forderung nach einer stabilen Finanzierung.

Das Demokratiefördergesetz schafft erstmals einen gesetzlichen Auftrag des Bundes zur Förderung und Stärkung der Demokratie, der politischen Bildung, der Prävention jeglicher Form von Extremismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sowie der Gestaltung von gesellschaftlicher Vielfalt und Teilhabe. In einer Stellungnahme plädiert die **BAG OKJE** dafür, damit auch die Potenziale der demokratischen Beteiligung und Demokratiebildung junger Menschen in der Kinder- und Jugendhilfe anzuerkennen und zu fördern.

Daniela Kess und **Hendrik Lang** stellen die neue App juniti vor. Sie soll „den Anschluss an hybride Welten der OKJA“ sichern und die Kommunikation mit Jugendgruppen besser strukturieren, Informationen zusammenführen und gleichzeitig Partizipation fördern.